

DIAS-Kommentar

Nr. 27 • Juli 2004

Karim Zourgui

Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Karim Zourgui: Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein viel diskutiertes und umstrittenes Thema der Gegenwart. Das liegt auch daran, dass sich die Menschheit in ungefähr 3.500 Völker aufteilt, denen aber nur ca. 200 Staaten gegenüber stehen. Allein in den Staaten Mittel- und Osteuropas mit 330 Millionen Menschen Gesamtbevölkerung gibt es 40 Millionen Menschen, die sich neben anderen Gruppen als eine ethnische Minderheit betrachten. Für grosse und kleine Kollektive sind rechtliche Rahmenbedingungen eines jeden Staates stets wichtige Grundlage für ihre Identität und Selbstverwirklichung. Sobald aber eine ethnische Minderheit innerhalb eines Staates vom restlichen Volk oder von der amtierenden politischen Klasse dominiert wird, stellt sich die Frage nach der Reichweite des inneren Selbstbestimmungsrechts dieser Gruppe nach einem stärkeren Maß an Machtteilhabe.

Selbstbestimmungsrecht im Wandel

Das Völkerrecht als die Staaten bindende und verpflichtende Werteordnung enthält zum Selbstbestimmungsrecht unterschiedliche Bestimmungen. Die Satzung der Vereinten Nationen erwähnt das Selbstbestimmungsrecht an zwei Stellen, nämlich in Art. 1 Abs. 2 und Art. 55. An beiden Stellen wird das Recht der Völker als eine Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten bezeichnet.

Im Laufe der Jahre nach Inkrafttreten der Satzung im Jahre 1945 bestand Uneinigkeit bezüglich der Rechtsqualität der Normen, da englische und französische Fassung voneinander abweichen. So spricht der französische Text ausdrücklich von einem Recht (*droit*), der englische aber lediglich von einem Prinzip (*principle*). Ein Teil der Wissenschaft und der Grossteil der Staaten verstand das Recht vielmehr als eine „werdende völkerrechtliche Norm“. Durch das Aufstreben unterdrückter Kolonialvölker und der langjährigen Praxis der Vereinten Nationen erklimmte es dann aber den Rang von Völkergewohnheitsrecht, so dass die Rechtsqualität heute nicht mehr angezweifelt werden kann. Die Geschichte und die UNO konkretisierten damit den Inhalt der verschiedensprachigen Fassungen.

An Substanz gewann das Selbstbestimmungsrecht durch die beiden universellen Menschenrechtspakte aus dem Jahre 1966. In beiden Verträgen wird identisch erklärt, dass alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben. Durchführungsbeschlüsse der Menschenrechtspakte konkretisierten dabei das Recht als den Anspruch eines Volkes, „frei über seinen politischen Status zu bestimmen und frei seine wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung zu verfolgen“. In zahlreichen Beschlüssen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung ist seitdem immer wieder auf das Selbstbestimmungsrecht eingegangen worden. Umso aktueller eine Erklärung ist, desto mehr Hinweise lassen sich dafür finden, dass das Selbstbestimmungsrecht nicht ausschließlich als ein „äußeres“ Recht verstanden werden kann, das einem im Freiheitskampf befindlichen Kolonialvolk Legitimität verschafft. Vielmehr finden sich eindeutige Vorgaben an die innere Beschaffenheit eines Staates. So wurden „rassistische und faschistische“ Staatswesen mit großen Mehrheiten verurteilt. Auch Indizien für ein Recht auf Demokratie und „good governance“? lassen sich finden. Das Völkerrecht kann also hinsichtlich einer konkreten Staatsordnung keineswegs blind sein.

Skepsis der Staaten gegenüber dem inneren Selbstbestimmungsrecht

Der überwiegende Teil der Staaten befindet sich allerdings hinsichtlich einer konsequenten und widerspruchslosen Anerkennung des inneren Selbstbestimmungsrechts von innerhalb

souveräner Staaten lebenden ethnischen Völkern in einem Interessenkonflikt. Einerseits ist zwar weitgehend anerkannt, dass jeder Regierung Legitimität nur dann zugestanden werden kann, wenn sie sich über den Volkswillen legitimiert. Andererseits sehen sich Vielvölkerstaaten der Problematik ausgeliefert, was wohl passiere, wenn auch noch der letzten ethnischen Minderheit das Recht auf Separation zuerkannt würde. Zerfielen dann die Staatengemeinschaft in einen undurchsichtigen Wust von Mikrostaaten? Oder verletzt gar die gewaltsame Bestrebung von Völkern nach Teilhabe, „good governance“ und Demokratie innerhalb bestehender Staaten die Souveränität eben dieses Staates? Nicht zuletzt trifft man auf die Frage, wer als der rechtmäßige Repräsentant eines nach Selbstbestimmung strebenden Volkes angesehen werden soll.

Diese Befürchtungen sind wohl vorherrschend. Übersehen wird dabei, dass schon einmal, wie oben gezeigt, die Praxis die Reichweite des Selbstbestimmungsrechts festlegte. Auch ist das Bestreben von Menschen nach Selbstverwirklichung ähnlich unaufhaltbar wie die Entwicklung eines Staatswesens – auch wenn man sie verbietet.

Die zwangsläufige Konsequenz von Verbot und Illegalisierung führt vielmehr zu einem Anwachsen von Gegenkräften, die nicht selten mit allen Mitteln das ihnen zustehende Recht einfordern. Bemerkenswert ist hier, dass ein hohes Maß an Unterdrückung und Armut eine Art Katalysator für radikalere Bewegungen ist. „Bad governance“ und Krisen stehen in einem engen Verhältnis zueinander. So kommt es im schlimmsten Fall zu Bürgerkriegen oder kriegsähnlichen Zuständen mit desaströsen Folgen für das Individuum, seiner Lebensgrundlagen und Schäden für eine sich immer weiter verflechtende Weltwirtschaft. Von Bedeutung ist die Erkenntnis, dass gerade die permanente Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Völkern eine ernst zu nehmende Gefahr für ebendiese Staaten und deren Wohlstand darstellt?. Schiebt man die Verantwortung auf die innerhalb souveräner Staaten existierenden Freiheitsbewegungen, so vertauscht man Ursache und Wirkung. Nicht die Existenz des Selbstbestimmungsrechts der Völker oder die nicht ausreichende Intensität von Unterdrückungsmechanismen des Willens einer ethnischen Minderheit führt zu Gefahr für Individuen und seine Umwelt, sondern der permanente Versuch der Verweigerung.

Die Bedeutung des inneren Selbstbestimmungsrechts für Europa

Die Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung von Ethnien ist kein Problem, das nur die Interessen der betroffenen Staaten berührt. Das zwischen Afrika und Asien gelegene Europa ist ein wirtschaftlich stark verflochtener Kontinent, für den Einwanderung nur dann sinnvoll sein kann, wenn sie auch für die bereits existierende Gesellschaft Vorteile bringt. Die Unterdrückung von Ethnien anderer Staaten verstärkt aber den bereits problematischen Migrationsdruck auf europäische Staaten. Auch in ökonomischer Hinsicht wird Europa einen beachtlichen Teil der Kosten fremder Konflikte tragen. So leiden ganze Wirtschaftszweige unter Krisen, wenn Rohstoffe in nicht ausreichender Menge verfügbar sind. Argumente, ethnische Konflikte und Krisen durch eine konsequente Anerkennung des inneren Selbstbestimmungsrechts einzudämmen. Dies kann sowohl über die üblichen bilateralen Beziehungen als auch durch Einflussmöglichkeit auf internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen erreicht werden. Empfehlenswert ist aber auch eine innereuropäische Abstimmung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die wiederum aus Gründen nationaler Souveränität nur sehr zögerlich vorangetrieben wird. Egoismen erschweren den Fortschritt anscheinend nicht nur im Rahmen der Selbstbestimmung eines Volkes innerhalb des souveränen Staates.

Mitunter ist der kriegerische Zerfall eines Vielvölkerstaates wie er sich in jüngster Geschichte im ehemaligen Jugoslawien zugetragen hat, nicht auszuschließen. Als Beispiel sei nur der seit den undemokratischen Wahlen im Jahre 1992 kritische Zustand des rohstoffreichen Algeriens genannt. Dem Bürgerkrieg fielen bis zu 200.000 Menschen zum Opfer. Anhaltende Krisen

und Gewalt verstärken den Migrationsdruck. Darüber hinaus ist Europa stark vom algerischen Erdöl und Erdgas abhängig. Zwar bedrohen die immer wieder aufkeimenden Unruhen der mazighischen (gesprochen: masirisch) Bevölkerung weder Raffinerien noch Pipelines. Ausschließen sollte man das aber im Hinblick auf die weiter anhaltenden Unterdrückung der mazighischen Bevölkerung und der damit verbundenen latenten Kriegsgefahr auf keinen Fall. Ob diese Katastrophe geschieht ist vor allem davon abhängig, wie ernst es die algerische Regierung mit dem Ziel der Demokratie nimmt und ob sie bereit ist, Forderungen der Minoritäten ernst zu nehmen. Ohne weitere Zugeständnissen an die mazighische Ethnie bleibt die Lage gespannt.

Ein Blick auf das andere Ende der Welt

Bei einer solch bangen Aussicht auf die europäische Sicherheitslage angesichts möglicherweise zunehmender Befreiungskonflikte ist ein Blick auf die Entwicklungslage von Staaten am anderen Ende der Welt befreiend. Ein womöglich einzigartiges Vorbild für Integration und Selbstbestimmung bietet Ozeanien. Neuseeland konnte durch eine einsichtige Politik Spannungsverhältnisse mit der dort ansässigen Urbevölkerung der Maoris kontinuierlich abbauen. Heute ist die Urbevölkerung weitgehend integriert in die neuseeländische Gesellschaft verglichen mit afrikanischen Vielvölkerstaaten. Ihre Bedeutung und Stellung als eigenständige Kultur ist in nahezu allen Gesellschaftsbereichen gesichert. Trotz aller Divergenzen und Misstrauensbekundungen handelt es sich um eine Gesellschaft, die in zivilisierter und menschenwürdiger Weise die Probleme des inneren Pluralismus bewältigt.

Rechtsstaatlichkeit als Grundlage des Gesellschaftsfriedens

Die Grundlage der Friedensarchitektur in Neuseeland bilden zwei Säulen. Zum einen der Vertrag von Waitangi aus dem Jahre 1840. Mit der Unterzeichnung dieses Dokuments erwarb die britische Krone ihrer Ansicht nach die Souveränität über Neuseeland. Dass die Maori das Vertragswerk insbesondere hinsichtlich der Souveränitätsfrage unterschiedlich interpretieren, wurde erst im Laufe der Zeit deutlich und ist bis heute Ursache für Konflikte. Dennoch kann die Frieden stiftende Wirkung des Vertrags von Waitangi nicht hoch genug bewertet werden. Mit diesem streitigen Konsens war die britische Krone bereits vor über 160 Jahren vielleicht weiter als heutzutage einige multiethnische Entwicklungsländer – auch wenn greifbare Erfolge auf sich warten ließen. Dieser Vertrag besitzt Völkerrechtsqualität und stellt ein Vorbild für andere Vielvölkerstaaten als Grundlage für Frieden und Sicherheit dar. Dabei ergab sich im Laufe Zeit eine Zunahme der Rechte der Ureinwohner (Maoris). Vorläufiger Höhepunkt der Anerkennung der Eingeborenenrechte stellt wohl das Waitangi Tribunal dar, das im Jahre 1975 seine Arbeit aufnahm. Seit seiner Einrichtung gelang es dem Gericht, fortwährend weitere Befugnisse an sich zu binden. Das Gesetz zur Gründung des Tribunals sieht sogar eine von dem Parlament unabhängige Untersuchungskommission zur Verifikation der Umsetzung der Maoris zustehenden Rechte vor.

Das Resultat dieser Entwicklung ist ein befriedeter und prosperierender Staat, ein Vorbild für die vergleichbare multiethnische Staatenwelt.

Die vergleichbare Staatenwelt

Voraussetzung für eine Selbstbestimmung der Völker, die frei über ihren politischen Status bestimmen und frei ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung verfolgen, wird aber ebenso regelmäßig eine demokratische Staatsordnung sein. Erfahrungsgemäß garantiert die Herrschaft des Volkes weitgehende Legitimation der Regierenden und Teilhabe aller Bürger unterschiedlicher ethnischer Gruppen an der Macht. Andere Staatsformen ver-

mögen in der Regel eine nach außen hin friedliche Gesellschaft von Ungleichen nur durch Zwang zur Uniformität zu schaffen.

An demokratischen Staatsgebilden fehlt es aber bei fast zwei Drittel der in der Vollversammlung der Vereinten Nationen vertretenen Staaten. Machtverliebte Regime und Diktaturen prägen das Bild des größten Organs der größten internationalen Organisation. So ist nicht verwunderlich, dass das Selbstbestimmungsrecht von ethnischen Völkern mit dem Hinweis auf die angebliche Neutralität des Völkerrechts in Bezug auf die innere Ordnung eines Staates abgelehnt wird.

Dabei hat die Machtverliebtheit von Regimen regelmäßig deren Niedergang herbeigeführt. Es müsste also gerade im Interesse von Nichtdemokratien sein, das innere Selbstbestimmungsrecht der Völker ernst zu nehmen. Anderenfalls wird der blutige Verlauf der Zeit vielen scheinbar Mächtigen ihre Grenzen aufzeigen. Der Irrglaube, das Schicksal einer unrechtmäßigen Herrschaft wie der ehemaligen Kolonialmächte könne sich nicht zu Ungunsten von heutigen Regimen wiederholen, ist weit verbreitet. Vielmehr wird ein Großteil der nicht legitimen Regierungen gezwungen sein, die Wiederholung der Geschichte in veränderter Form zu erfahren, denn Freiheitsbestrebungen unterdrückter Völker sind langfristig schwer aufzuhalten. Somit wiederholt sich Geschichte solange, bis die Ursachen ihres Verlaufs akzeptiert sind. Unabhängig von diesem Erkenntnisprozess wird die Völkergeschichte weiterhin Einfluss auf die Ausgestaltung des inneren Selbstbestimmungsrecht von ethnischen Minderheiten haben.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehez Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht sich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenrad A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 130 | Ulrich Petersohn
Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF) | 09. Mai 2008 |
| 131 | Edward Roby
Food joins energy in speculative global price spiral | 09. Mai 2008 |
| 132 | Edward Roby
Central Banks declare war on resurgent inflation | 12. Juni 2008 |
| 133 | Daniel Werdung
Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe | 12. Juni 2008 |
| 134 | Christian Rieck
Bemerkung zum europäischen Traum | 13. Juni 2008 |
| 135 | Philipp Schweers
Zukunftsbranche Piraterie? | 13. Juni 2008 |
| 136 | Philipp Schweers
Yemen: Renewed Houthi - Conflict | 19. Juni 2008 |
| 137 | Philipp Schweers
Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus | 20. Juni 2008 |
| 138 | Dustin Dehéz
Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich? | 09. Juli 2008 |
| 139 | Philipp Schweers
A new security paradigm for the Persian Gulf | 09. Juli 2008 |
| 140 | Edward Roby
Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy | 27. August 2008 |
| 141 | Edward Roby
Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row | 25. September 2008 |
| 142 | Burkhard Theile
Bankenkrise und Wissensgesellschaft | 21. November 2008 |
| 143 | Christopher Radler
Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás? | 30. Dezember 2008 |
| 144 | Edward Roby
Credit crisis starts to level global trade imbalances | 14. Januar 2009 |
| 145 | Daniel Pahl
Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident | 20. Januar 2009 |
| 146 | Christopher Radler
Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse | 29. Januar 2009 |
| 147 | Christian Rieck
The Legacy of the Nation – State in East Asia | 29. März 2009 |
| 148 | Edward Roby
A recovery on credit | 04. September 2009 |
| 149 | Christopher Radler
Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás | 28. Oktober 2009 |

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 150 | Rana Deep Islam
Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby
Devil gas takes blame for death and taxes | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen
Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt | 15. Januar 2010 |

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org